

# Annette Widmann-Mauz MdB

## PARLAMENTARISCHE STAATSEKRETÄRIN

### WAHLKREISABGEORDNETE TÜBINGEN



### Nichts erfüllt mehr, als gebraucht zu werden: Der neue Bundesfreiwilligendienst ist ein großer Erfolg



Liebe Leserinnen und Leser,

am 1. Juli 2011 haben mit der Aussetzung der Wehrpflicht die ersten Bundesfreiwilligen ihren Dienst angetreten. Nach den ersten sechs Monaten konnte gleich zu Beginn des Jahres eine positive Bilanz gezogen werden. Der Bund stellt mit 300 Millionen Euro so viel Geld wie nie zuvor für freiwilliges Engagement bereit. Insgesamt strebt die christlich-liberale Koalition neben den schon bisher rund 40.000 Jugendfreiwilligen im Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ) und im Freiwilligen Ökologischen Jahr (FÖJ) zusätzlich 35.000 Bundesfreiwilligendienstleistende an.

Trotz einiger Bedenken von Verbänden und der Opposition entwickelt sich der neue Dienst sehr gut und ist ein Erfolgsmodell. Auch der Kindergeldanspruch im Bundesfreiwilligendienst wurde auf Initiative der CDU/CSU-Bundestagsfraktion so geregelt, dass es nun keine Unterschiede mehr zu den Jugendfreiwilligendiensten gibt. Eltern, deren Kinder das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben und einen Bundesfreiwilligendienst ableisten, können Kindergeld beziehungsweise steuerliche Freibeträge für Kinder erhalten. Mittlerweile haben sich rund 30.000 Personen für einen Bundesfreiwilligendienst entschieden. Davon über 20 Prozent in der neuen Zielgruppe der über 27-jährigen. Insgesamt ergeben sich damit rund 70.000 Freiwillige in den beiden Formaten. Für dieses Jahr planen die Verbände bereits mit ca. 100.000 Freiwilligen. Ziel des neuen Bundesfreiwilligendienstes ist es, zukünftig möglichst vielen Menschen einen Einsatz für die Allgemeinheit und die positive Erfahrung von bürgerschaftlichem Engagement zu ermöglichen.

Über die Öffnung des Dienstes für beide Geschlechter und alle Generationen leistet der Bundesfreiwilligendienst einen wichtigen Beitrag zum besseren Zusammenhalt der Gesellschaft. Der Bundesfreiwilligendienst bietet ebenso wie früher der Zivildienst die Gelegenheit, wichtige persönliche und soziale Kompetenzen und Erfahrungen zu sammeln oder zu vertiefen. Außerdem ist nach einem Bericht des Unterausschusses für Bürgerschaftliches Engagement davon auszugehen, dass die Bundesfreiwilligendienstleistenden, ebenso wie die früheren Zivildienstleistenden, den sozialen Einrichtungen, in denen sie ihren Dienst abgeleistet haben, ein Leben lang verbunden bleiben. Es bieten sich viele Einsatzmöglichkeiten für Freiwillige an: Von Tätigkeiten im Bereich Wohlfahrts-, Gesundheits- und Altenpflege, Kultur- und Denkmalpflege, bis zu Integration und Naturschutz und vieles mehr.

Der Bundesfreiwilligendienst bedeutet auch ein Stück Neuland, denn: Zum ersten Mal gibt es in Deutschland keinen Zwangsdienst mehr. Trotzdem bin ich zuversichtlich, dass es genügend Bürgerinnen und Bürger gibt, die sich für diesen Dienst entscheiden und damit den bisherigen Erfolg des Bundesfreiwilligendienst verstetigen werden. Die steigenden Zahlen der Bundesfreiwilligendienstleistenden sind ein ermutigendes Zeichen dafür. Zudem hat die christlich-liberale Koalition für den Dienst gute Rahmenbedingungen geschaffen: Die Freiwilligen sind sozialversichert. Das sogenannte „Taschengeld“, also die Aufwandsentschädigung für die Dienstleistenden, kann bis zu 336 Euro monatlich betragen. Arbeitskleidung, Unterkunft und Verpflegung können gestellt oder die Kosten ersetzt werden. Weiterhin sind während eines zwölfmonatigen Bundesfreiwilligendienstes 25 Seminartage verpflichtend, so dass ausreichend pädagogische Begleitung sichergestellt wird.

Durch die guten Rahmenbedingungen, die wir für den Bundesfreiwilligendienst gesetzt haben, erfüllen wir die große gesellschaftliche Gemeinschaftsaufgabe, mehr Anreize für freiwilliges Engagement zu schaffen.

Ihre

*Annette Widmann-Mauz*



### Stabilisierung des Finanzmarktes

In erster Lesung stand das **Zweite Gesetz zur Umsetzung eines Maßnahmenpakets zur Stabilisierung des Finanzmarktes (Zweites Finanzmarktstabilisierungsgesetz)** zur Debatte an, mit dem der Finanzmarktstabilisierungsfonds für neue Anträge wieder geöffnet werden soll. Wir reaktivieren damit ein Instrument, das uns in der Finanzmarktkrise ab 2008 wertvolle Hilfe geleistet hat und nun helfen soll, neu entstehende Ansteckungsgefahren im Bankensektor abzufangen.

Dabei wird das „Zweckgesellschaftsmodell“ erweitert, so dass es auch für Staatsanleihen Anwendung finden kann. Wie schon 2008 betragen der Garantierahmen 400 Mrd. Euro und die Kreditermächtigung 70 Mrd. Euro zuzüglich zehn Mrd. Euro mit Zustimmung des Haushaltsausschusses. Vorgesehen ist zudem die Stärkung des bankaufsichtlichen Instrumentariums zur Gefahrenabwehr. Auch werden einige Rahmenbedingungen präzisiert.



### Gutachten Forschung, Innovation und Leistungsfähigkeit

Die Bundesregierung hat in dieser Woche über das **Gutachten zu Forschung, Innovation und technologischer Leistungsfähigkeit 2011** unterrichtet, das die Experten-

Expertenkommission Forschung und Innovation (EFI) seit 2008 jährlich vorlegt.



Die Experten loben die Mehrausgaben für Bildung und Forschung, die Hightech-Strategie 2020, die Anstrengungen im Bereich der Elektromobilität, den Aufbau des Deutschlandstipendiums und die gezielte Förderung von innovativen Strukturen im Wissenschaftssystem etwa durch die Exzellenzinitiative. Kritik konzentriert sich auf die Bildungspolitik und damit stark auf den Verantwortungsbereich der Länder:

Im Fokus stehen hier die zu hohe Zahl von Risikoschülern, die Entscheidung der Kulturministerkonferenz, die PISA-Länderauswertung nicht mehr durchzuführen, die zu starke soziale Selektivität bei Studienanfängern, die unzureichende Entwicklung in MINT-Studienfächern und die mangelnde Auslandsmobilität von Studierenden innerhalb der Bachelor-Phase.

### Düngegesetz

In zweiter und dritter Lesung haben wir das **Gesetz zur Änderung des Düngegesetzes, des Saatgutverkehrsgesetzes und des Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuches** verabschiedet.

Mit der Änderung des Düngegesetzes wird die rechtliche Grundlage für die grundsätzliche Verkehrsfähigkeit von Düngemitteln aus anderen Mitgliedstaaten in Deutschland geschaffen.

Zur Wahrung des bestehenden Schutzniveaus müssen auch Düngemittel aus anderen Mitgliedstaaten den Anforderungen zum Schutz vor Gefahren für die Gesundheit von Mensch oder Tier oder den Naturhaushalt genügen. Das Saatgutverkehrsgesetz wird mit der Gesetzesänderung gemäß der EU-Vorgaben präzisiert.

Die maßgeblichen EU-Richtlinien für das Inverkehrbringen von Saatgut, von Erhaltungssorten landwirtschaftlicher Pflanzen- und Gemüsearten sowie von Erhaltungssaatgutmischungen sehen unter anderem Vorgaben zur regionalen Herkunft des Saatgutes, zu Saatgutmengen und spezielle Aufzeichnungspflichten für Saatguterzeuger vor. Mit der Änderung des Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuches werden Strafbewehrungen in Wortlaut und Gewichtigkeit angepasst.



# Annette Widmann-Mauz MdB

## Die politische Lage in Deutschland



### Kieler Erklärung - Deutschlands Zukunft als starkes Innovationsland

Zum Jahresauftakt hat der Bundesvorstand der CDU im Rahmen seiner Klausurtagung mit der „Kieler Erklärung“ ein Konzept beschlossen, das die Koordinaten für die Fortsetzung dieser guten Entwicklung im Jahr 2012 und darüber hinaus setzt.

Ein 10-Punkte-Plan zeigt Maßnahmen auf, die wir für ein auch in Zukunft starkes Innovationsland Deutschland auf den Weg bringen wollen. Dabei ist es für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung in unserem Land mit seinen vielfältigen kulturellen, politischen und ökonomischen Zentren wichtig, für eine gleichwertige Entwicklung in Stadt und Land Sorge zu tragen.

Wir dürfen nicht zulassen, dass Verfügbarkeit und Qualität von Infrastruktur und Daseinsvorsorge zu Konzentration und Überangebot auf der einen und Verfall und Verflachung auf der anderen Seite führen. Wir müssen neue Wege des Ausgleichs und der Kooperation finden, um das Thema Stadt-Land-Gefälle nicht zu einem Problem werden zu lassen. Darum wird sich die unionsgeführte Koalition intensiv kümmern und ein Programm für den ländlichen Raum auflegen.

### [Zur Kieler Erklärung](#)



### Jahreswirtschaftsbericht-Deutschland bleibt Wachstumsmotor in der EU

Die Bundesregierung erwartet aufgrund der Unwägbarkeiten der europäischen Staatsschuldenkrise für 2012 mit einem BIP-Wachstum von plus 0,75 Prozent deutlich weniger Wirtschaftsdynamik als in den hervorragenden beiden letzten Jahren. Trotz des schwierigen Umfeldes gibt es keinerlei Anzeichen für Stagnation oder gar Rezession, weil wir auf intakte Wachstumskräfte bauen können.



Klicken Sie hier um zum Jahreswirtschaftsbericht zu gelangen

Besonders erfreulich entwickelt sich die Binnenwirtschaft, die mehr und mehr zur tragenden Säule wird. Die Menschen in Deutschland profitieren von mehr Arbeitsplätzen, höheren Einkommen und besseren Zukunftschancen. 2012 ist erneut auch ein Beschäftigungsrekord zu erwarten. Der wirtschaftspolitische Kurs der christlich-liberalen Koalition erweist sich als goldrichtig.

### Berliner Stadtschloss-Bauarbeiten beginnen in diesem Frühjahr

Nach der Unterzeichnung der Vereinbarung zwischen dem Bund und dem Land Berlin am 22. Dezember 2011 nimmt der Wiederaufbau des Berliner

Stadtschlusses als Humboldt-Forum Gestalt an. Im Frühjahr 2012 beginnen die bauvorbereitenden Maßnahmen, die Grundsteinlegung ist für 2013 vorgesehen. Der Wiederaufbau der Frauenkirche oder der Fachwerkhäuser des Frankfurter Römers haben gezeigt, welchen Wert historische Gebäude für unsere Städte haben.

Berlin wird mit dem Schloss den wichtigsten Teil seiner alten Mitte wiedergewinnen. Der Prachtboulevard „Unter den Linden“ und das Weltkulturerbe Museumsinsel werden wieder einen würdigen Abschluss erhalten. Sobald der Wiederaufbau des Schlosses vollendet sein wird, werden die Besucher Berlins sich darüber wundern, dass und wie lange man gestritten hat über die Frage des Wiederaufbaues, für den sich die Union immer eingesetzt hat.



### Kreuth - Inhaltliche Impulse und Signale der Einigkeit.

Vom traditionellen politischen Jahresauftakt der CSU-Landesgruppe in Wildbad Kreuth sind eine Reihe wichtiger Impulse für die politische Arbeit im neuen Jahr und starke Signale der Einigkeit ausgegangen. So ging es um neue Regeln und Grenzen für eine Stabilitätsunion für Europa, den Kampf gegen den Rechtsextremismus, die Stärkung des Industriestandortes Deutschland, die Finanzmarktregulierung bei gleichzeitiger Sicherung der mittelständischen Kreditversorgung. Im Blickpunkt standen ebenfalls die Einführung einer Pflicht zur Altersvorsorge für Selbstständige

# Annette Widmann-Mauz MdB

## Aus der Bundesregierung



### „Symposium für individualisierte Medizin“ der Leopoldina

(Deutsche Nationale Akademie der Wissenschaften) am 14.01.2012 in Wien

Ist das Erbgut eines Tumors erst entschlüsselt, lässt sich dieser passgenau behandeln? Ein spannendes Thema, das beim „Symposium zur Personalisierten Medizin“ an der Leopoldina ins Wien unter internationalen Experten und Wissenschaftlern diskutiert wurde. In Vertretung des Bundesministers für Gesundheit ging die Parlamentarische Staatssekretärin Annette Widmann-Mauz MdB in ihrem Referat der Frage nach, warum und wie die Gesundheitspolitik auf dem Feld der individualisierten Medizin gefordert ist und welche Perspektiven für Versicherte, Patienten und Leistungserbringer zu erwarten sind.

Widmann-Mauz MdB wies in ihre Rede darauf hin, wie enorm der Erkenntnisgewinn zu Ursachen, Ausprägungen und individuellen Reaktionsmustern von Erkrankungen in den letzten Dekaden gewachsen sei. Heute sei man in der Lage, das Genom einzelner Patienten zu analysieren und anhand von Veränderungen der DNA zum Beispiel bestimmte Krebserkrankungen zu diagnostizieren. Auch gibt es große Fortschritte bei der Analyse schädlicher Umweltfaktoren auf unsere Erbinformation.

„Auch wenn die individualisierte Medizin zurzeit noch nicht mehr als ein Heils-Versprechen ist, birgt sie ein großes Potenzial. Deshalb hat die Bundesregierung ihre Hightech-Strategie 2020 für Deutschland auch auf die individualisierte Medizin hin ausgerichtet. Im Fokus steht dabei die Bekämpfung von Volkskrankheiten, der sich insbesondere die neu gegründeten Deutschen Zentren der Gesundheitsforschung widmen“, erläuterte Widmann-Mauz MdB das ehrgeizige Programm der Bundesregierung. Vier dieser (Zentren befinden an der Uni-Klinik und dem Max-Planck-Institut in Tübingen.)

Widmann-Mauz MdB sieht die Gesundheitspolitik in der Pflicht, die Rahmenbedingungen und Anreize für individualisierte Medizin so zu gestalten, dass eine effiziente und qualitativ hochwertige Versorgung aller Menschen mit neuen medizinischen Technologien gewährleistet ist. Dabei betonte sie die notwendige Balance zwischen einem offenen Zugang zu Innovationen und der dauerhaften Finanzierbarkeit des Systems.

„Es gilt daher einerseits, innovationsfreundliche Regelungen zu verankern, die den medizinischen Fortschritt fördern. Mit dem Ziel, diejenigen Innovationen, die voraussichtlich mit einem Vorteil für die Patientinnen und Patienten einhergehen, den Versicherten schnell zur Verfügung zu stellen. Andererseits muss klar sein, dass Scheininnovationen und unwirksame Verfahren keinen

Eingang in das System der Krankenversorgung finden.“ stellte die Parlamentarische Staatssekretärin klar und verwies dabei auf das Arzneimittelmarktneuordnungsgesetz der christlich-liberalen Koalition. Hier müssen die Pharmahersteller den tatsächlichen Zusatznutzen und die Wirtschaftlichkeit ihrer Präparate belegen.

Bei der individualisierten Medizin sieht Widmann-Mauz MdB noch Nachholbedarf, was die Belegung von Nutzen und Wirtschaftlichkeit betrifft. Entsprechend appellierte Sie an die Verantwortlichen, für mehr Transparenz bei neuen Therapieansätzen zu sorgen.

Zum Abschluss machte Widmann-Mauz MdB noch mal deutlich, dass „unsere Gesundheitspolitik daraufhin zielt, dass wir uns diese Innovationen, die zu einer Verbesserung der Lebensqualität beitragen, auch künftig leisten können. Gerade deshalb hat der Staat aber auch eine besondere Verantwortung dafür zu sorgen, dass wir die Effizienz nicht aus dem Blick verlieren. Denn ohne sie wäre eine Finanzierung der individualisierten Medizin schon in den nächsten Jahren nicht mehr möglich.“



Annette Widmann-Mauz bei Ihrer Rede im Festsaal der Österreichischen Akademie der Wissenschaften in Wien (links: Professor Dr. Peter Propping, Institut für Humangenetik des Universitäts-Klinikum Bonn.)



### Zahl der Organspenden in Deutschland in 2011 gesunken.

Die Zahl der Organspenden war trotz positiver Meinungsumfragen in der Bevölkerung im vergangenen Jahr rückläufig und fiel fast auf das Niveau von 2008 zurück.

Insgesamt wurden im vergangenen Jahr 1.200 Organspenden durchgeführt – 96 weniger als im Jahr 2010. Die Zahl derjenigen, die nach ihrem Tod Organe gespendet haben, ist im Vergleich zum Vorjahr um 7,4 Prozent gesunken.

Auch die Zahl der gespendeten Organe ging in Folge der bundesweit gesunkenen Organspenderrate zurück: Während im Jahr 2010 noch 4.205 Organe gespendet wurden, waren es 2011 mit 3.917 Organen knapp 7 Prozent weniger.

Ein Grund für den Rückgang könnte nach Einschätzung der Deutschen Stiftung Organtransplantation u. a. in einer Zunahme von Patientenverfügungen und einem vorzeitigen Therapieabbruch liegen. Derzeit entscheiden in neun von zehn Todesfällen die Angehörigen über die Organspende, da der Verstorbene seinen Willen nicht zu Lebzeiten dokumentiert hat.



### **Download Organspendeausweis**

Die Bundesregierung hat zur Verbesserung der Voraussetzungen für die Organspende in den Kliniken ein Transplantationsgesetz auf den Weg gebracht, das zur Zeit in Bundestag und Bundesrat beraten wird. Dort ist unter anderem die verpflichtende Bestellung eines Transplantationsbeauftragten in den Krankenhäusern vorgesehen.

Darüber hinaus soll die sozialrechtliche Absicherung der Lebendorganspender geregelt und fraktionsübergreifend

nach Wegen gesucht werden, um die Organspendebereitschaft durch eine Erklärungslösung zu verbessern.

So könnten unter anderem beim Versand der Versicherten- bzw. elektronischen Gesundheitskarte regelmäßig Informationen zur Organspende ausgehändigt und die Spendenbereitschaft der Bürger abgefragt werden.

(Quelle: Deutsche Stiftung Organtransplantation—DSO)



### Energiekosten im Jahr 2011 deutlich gestiegen.

Trotz rückläufiger Mineralölpreise zum Jahresende verteuerte sich die Energie im Vergleich zwischen Dezember 2011 und Dezember 2010 um 8 Prozent, darunter Mineralölprodukte um 8,1 Prozent (davon leichtes Heizöl plus 18,2 Prozent; Kraftstoffe plus 5,2 Prozent).

Auch bei allen anderen Energieprodukten wurden im Dezember 2011 gegenüber Dezember 2010 deutliche Preiserhöhungen gemessen (z.B. Strom plus 6,9 Prozent; Gas plus 6,8 Prozent).

(Quelle: Statistisches Bundesamt)